

Volks-Zeitung

Er scheint täglich... Abonnement...

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt... Illustrierter Familien-Zeitung...

Verleger: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der Sieg der Demokratie.

Wahlergebnis Stadt Berlin.

5 Mehrheitssozialisten, 4 Unabhängige, 2 Demokraten, 1 Konservativer, 1 Rechtsnationalistischer, 1 Zentrum.

Friedrich Naumann und Gustav Hartmann sind damit als deutsche Demokraten für Berlin gewählt...

Demokratische Siege.

Table with 2 columns: District/Region and Number of Seats. Includes entries for Ostpreußen, Stadt Berlin, Regierungsbezirk Frankfurt (Oder), etc.

Der ganze Westen, sowie Vommern, Westpreußen, Polen, Mittel-Sachsen und Hannover und auch Bayern stehen noch aus.

Aus einzelnen Teilen Deutschlands liegen die ersten Endergebnisse der Wahl vor. Mit Genugtuung muß festgestellt werden, daß die Deutsche demokratische Partei überall, im Westen wie im Osten, im Norden wie im Süden, überraschend gut abgeschnitten hat.

Erklärlicherweise versuchen die einzelnen Blätter, selbst derjenigen Parteien, deren Niederlage offensichtlich ist, aus örtlichen Vorurteilen heraus zu laugen und danach ihr Gesamtbild zu machen.

politisch unterrichteten Bevölkerung bisher die Domäne der konservativen darstellte, um den Schmerz der Reaktionäre voll zu begreifen.

Die Berliner Wähler, die der Deutschen demokratischen Partei nahe stehen, verzeichnen übereinstimmend die bisherigen Wahlergebnisse als einen glänzenden Sieg der Demokratie.

Wahlergebnisse aus dem Reiche.

1. Wahlkreis. Ostpreußen. (Vorläufiges Endergebnis): Mehrheitssozialisten (Drause) 847 419 (sieben Abgeordnete), Deutsche demokratische Partei (Sicher) 146 157 (zwei Abgeordnete), etc.

6. Wahlkreis. Frankfurt a. Oder. (Vorläufiges Wahlergebnis): Mehrheitssozialisten 273 112, Unabhängige Sozialdemokraten 2647, Deutsche demokratische Partei 115 482, etc.

12. Wahlkreis. Regensburg-Untert. (Vorläufiges Ergebnis): Deutsche demokratische Partei 223 242, Deutsche Volkspartei 27 998, etc.

Wahlkreis Westfalen. (Vorläufiges Wahlergebnis): Mehrheitssozialisten 40 000, Unabhängige 130 000, Demokraten 71 400, etc.

23. Wahlkreis. Ostfriesland. (Vorläufiges Wahlergebnis): Sozialdemokraten, etc.

In allen drei Wahlkreisen der sächsischen Republik sind nach einem vorläufigen Ergebnis gewählt: 17 Mehrheitssozialisten, 6 deutsche Demokraten, 4 Deutschnationale, 2 Deutsche Volksparteiler, 3 unabhängige Sozialisten.

Wahlkreis Hamburg-Bremens-Stadt. In diesem Kreise entfiel nach der bis gestern 12 Uhr mittags vorliegenden Zählung auf die verbundenen Listen der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen 428 822, auf die Demokraten 264 077, auf die verbundenen Listen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, Zentrum usw. 108 262 Stimmen.

An die preussischen Wähler!

Nächsten Sonntag, den 26. Januar, finden die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung statt.

Auf die Wahl zur verfassungsgebenden Körperschaft des Deutschen Reiches folgt in wenigen Tagen die Wahl zur preussischen Nationalversammlung.

Die Wiederaufrichtung der daniederliegenden alten und die Befreiung neuer lebender Kräfte, die endgültige und vollständige Beseitigung aller unzeitgemäßen Überreste des ehemaligen Regiments ist nur möglich durch die Demokratie.

Wir stellen uns auch für Preußen, diesen Bestandteil des republikanischen Nationalstaates Deutschland, fest auf den Boden der Republik.

Für die freihetliche Ausgestaltung des Staatswesens ist eine weitere Vorbedingung die Reform der Landesverwaltung durch Vereinfachung des Regierungsapparates, durch Schaffung leistungsfähiger Gemeindeverbände, Beseitigung der ungerechten Sonderstellung der Gutsbezirke durch demokratische Neugestaltung der Kreisräte, durch Verstärkung und Ausdehnung der Selbstverwaltung im Kreis, Provinz und Gemeinde, etc.

Wir verlangen die Gleichberechtigung aller kirchlichen und religiösen Organisationen, denen es freistehen muß, ihre inneren Verhältnisse nach eigenem Ermessen zu ordnen.

Wir treten ein für die Einheitschule und in ihr für das unbeschränkte Recht jedes Kindes auf Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und seines Bildungswillens, ohne Rücksichtnahme auf Vermögens, Stand und Glauben der Eltern, sowie für volle staatsbürgerliche Freiheit der Lehrer.

Zur Durchführung einer gerechten Steuerpolitik für Staat und Gemeinde, bei der auf Schonung der minder tragfähigen Schultern sorgsam acht zu geben ist, fordern wir unbedingte Gleichheit der Veranlagung zur Steuer, Beseitigung der Landräte als Vorstände der Veranlagungskommissionen und ihre Ersetzung durch Berufsbeamte.

Um die Landwirtschaft stark und leistungsfähig zu machen, treten wir ein für ein freies Landvolk auf freier Scholle. Veraltete Feudalrechte und Fideikomisse sind zu beseitigen. Eine großzügige innere Kolonisation hat die Vermehrung des bäuerlichen Besitzes zu bewirken und dafür zu sorgen, daß dem Landarbeiter der Erwerb von Eigenland erleichtert wird.

heit mehr als bisher nutzbar zu machen, der Wertschaden ist durch ausreichenden Abschluß zu verhüten und unter allen Umständen voll zu erlösen.

Da für jeden geordneten Staatsaufbau ein kraftvoller gewerblicher und kaufmännischer Mittelstand eine unbedingte Voraussetzung ist, so muß sich der Staat in Zukunft dieser unentbehrlichen Volksschicht mehr denn je annehmen. Wir fordern deshalb vor allem die Wiederaufrichtung der selbständigen Betriebe im Handwerk und im Kleinhandel durch Zuführung von Aufträgen, Rohstoffen und Kredit; sodann weitgehende berufliche Selbstverwaltung, freizeithilfen Ausbau der Handwerkskammern, Innungen und sonstigen Berufsverbände, Aenderung des öffentlichen Ordnungswesens auf der Grundlage des angemessenen Preises, Verbesserung des Fach- und Fortbildungswesens und der gesamten Berufsausbildung, Schutz des Handwerks gegen den schädlichen Wettbewerb der Gefängnisarbeit und der öffentlichen Regiebetriebe.

Den Beamten und Lehrern ist eine den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Befoldung zu gewähren. Schon vor der endgültigen Gehaltsregelung verlangen wir zur Abhilfe der dringenden Not eine sofortige Erhöhung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenanprüche sind grundsätzlich neu zu regeln. Alle Bezüge, Pensionen und die Ansprüche der Hinterbliebenen müssen unantastbar bleiben. Unerlässliche Voraussetzung für die tätige Mitarbeit der Beamten im öffentlichen Leben ist die Schaffung eines einheitlichen Beamtenrechts, das eine gezielte Regelung der Arbeits- und Ruhezeiten verbürgt und den Ausbau von Fürsorgebestrebungen auf gesetzlicher Grundlage ermöglicht. Jedem Beamten und Lehrer ist Einsicht in seine Personalkosten zu gewähren.

Für die Arbeiter und Angestellten verlangen wir völlige Sicherung der Koalitionsfreiheit, Anerkennung der Organisationen, ausreichende Mitwirkung der Arbeiter bei Festlegung der Löhne und der Arbeitsbedingungen, Schutz gegen Ausbeutung der Arbeitskraft, insbesondere Schutz der Frauen und der jugendlichen Arbeiter, obligatorische Arbeitsnachweise, ausreichende Altersversorgung.

Die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung ohne Rücksicht auf Stand, Geburt und Konfession muß endlich zur Tatsache werden. Bei der Besetzung der öffentlichen Ämter dürfen allein die Fähigkeiten entscheiden. Freie Bahn dem Tüchtigen ohne Unterschied der Geschlechter! muß dabei die Richtschnur sein.

Ein Gemeinwesen, wie es die Deutsche demokratische Partei erstrebt, läßt sich nur schaffen auf dem Boden einer Gesellschaftsordnung, die das Privateigentum anerkennt. Darum wendet sich die Deutsche demokratische Partei mit Entschiedenheit gegen die Sozialdemokratie, da deren Endziel, die Sozialisierung des gesamten Wirtschaftsprozesses, ja schon die Annäherung an dies Ziel, den Ruin der gesamten Produktion und den Untergang der persönlichen Freiheit herbeiführen würde. Aber ebenso entschieden sind die Versuche der rechts stehenden Parteien zurückzuweisen, unter mehr oder weniger unverfänglichen Formen und Beziehungen den veralteten Polizeistaat wieder einzuführen.

Wahre innere und äußere Freiheit des einzelnen, glückliches Gedeihen des Ganzen können nur durch die Bewirklichung der Grundfätze der Deutschen demokratischen Partei gesichert werden. Darum, wer ein starkes, neues Brevchen will, der wähle die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei!

### Die Hauptgrundfätze der künftigen Reichsverfassung.

„Alle Staatsgewalt liegt beim Volke.“

Berlin, 20. Januar. (W. T. V.)

Der am 19. Januar gewählte deutsche Nationalversammlung ist ihre große Aufgabe gestellt. Der Entwurf des allgemeinen Teils der künftigen Reichsverfassung ist erschienen. Ihn ist eine Denkschrift beigegeben, in der der Staatssekretär des Innern, Dr. Neubach, die Richtlinien der neuen Verfassung als die Richtlinien der neuen Verfassung des deutschen Volkes und Geschichte gezeichnet hat.

Der Entwurf der künftigen Reichsverfassung läßt sich kurz bezeichnen als die Konstituierung des einheitlichen deutschen Volksstaates gegenüber dem bisherigen Bund oberleitender Regierungen und liegt beschlossen in den Paragraphen 1 und 5 der neuen Verfassung, die lauten: „Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke“ und „Staatsrecht bricht Landesrecht“. Sie liegt ferner begründet in der Betonung des Selbstbestimmungsrechtes der deutschen Stämme mit Einschluß Deutschösterreichs, deren staatliche Bildung nicht durch die Hausmacht der Dynastie und deren Regierung bedingt und beschränkt, sondern sich frei und selbständig entwickeln soll. Alle deutschen Staatsbürger sind künftig Glieder des Reiches ohne partikularen Privilegien. Die Verfassung von irgendeiner Seite her. Nur das Reich ist souverän.

Zu den ausschließlichen Reichsangelegenheiten tritt vor allem das öffentliche Verkehrswesen. Dem schließen sich der Handel, das Post- und Fernsprechen an. Die Finanz- und Steuerpolitik, die Sozialpolitik und weitere Zweige der Sozialpolitik, die Wohnpolitik (§ 28) usw. werden sich unter Mitwirkung der Einzelstaaten des Reiches an gemeinsamen Grundlinien ansetzen müssen. Ohne Verletzung der Eigenart der verschiedenen Landschaften und Stämme und unter Wahrung freien Spielraums wird das Reich auch für das Verhältnis des Staates zu Schule und Kirche und insbesondere für die Volksbildung die allgemeinen dem ganzen deutschen Volke gemeinsamen Grundlinien ziehen (Abschnitt II).

Das deutsche Volk erhält zu seiner Entwicklung die freieste Verfassung der Welt. Staatliche Freiheit, politische Freiheit, persönliche Freiheit, Gewissensfreiheit. Der Reichstag (Abschnitt III) umschließt künftig die Volksvertretung (Volkshaus) und Staatenvertretung (Staatenhaus). Die parlamentarische Demokratie, in der alle politische Gewalt vom Volkswillen ausgeht, soll nach der neuen Verfassung die Regierungsform des deutschen Reiches werden.

Der Reichspräsident wird von dem ganzen deutschen Volke gewählt (§ 58). Für Wahl und Wiederwahl ist er also vom Parlament unabhängig; seine sämtlichen Regierungsfunktionen aber kann er nur unter der verantwortlichen Mitwirkung der von ihm ernannten, jedoch vom Vertrauen des Parlaments abhängigen Reichsminister ausüben. An ihrer Spitze steht der Reichskanzler, der für die allgemeine Richtung der Reichspolitik die Verantwortung trägt.

Vorbekanntlich eines Hinweises auf die künftige Wehrverfassung und der besonderen Abschnitte über Wehrwesen, Zoll- und Handelswesen, Finanzen und Rechtspflege behandelt der Verfassungsentwurf in 73 Paragraphen die vier Abschnitte: „Das Reich und die deutschen Freistaaten“; die Grundrechte des deutschen Volkes; „der Reichstag“; „der Reichspräsident und die Reichsregierung“.

### Ergebnisse von Teltow-Beeskow.

Einzelresultate und Teilergebnisse.

Schöneberg (Gesamtresultat): Deutsche Demokraten 28 880, Deutschnationale 18 047, Deutsche Volkspartei 11 970, Zentrum 6954, Mehrheitssozialdemokraten 37 647, Unabhängige 8735, ungültig 641.

Witz: Mehrheitssozialisten 3167, Unabhängige 2268, Demokraten 1165, Deutschnationale 494, Deutsche Volkspartei 184, Christliche Volkspartei 161 Stimmen.

Beeskow: Mehrheitssozialisten 588, Unabhängige 198, Demokraten 260, Deutschnationale 187, Deutsche Volkspartei 36, Christliche Volkspartei 10 Stimmen.

Schöneberg (3 Bezirke teils nach): Mehrheitssozialisten 35 110, Unabhängige 8071, Demokraten 26 684, Deutsche Volkspartei 11 109, Deutschnationale 16 764, Christliche Volkspartei 5307.

Treptow: Mehrheitssozialisten 7930, Unabhängige 4584, Demokraten 4082, Deutsche Volkspartei 1609, Deutschnationale 1379, Zentrum 479, ungültig 14.

Siedow: Sozialisten 8082, Unabhängige 1378, Demokraten 3040, Deutsche Volkspartei 257, Deutschnationale 715, Christliche Volkspartei 105.

Königs-Winterhagen: Sozialdemokraten 706, Unabhängige 10, Demokraten 507, Deutsche Volkspartei 162, Deutschnationale 99.

Waldenow-Wannsee: Sozialdemokraten 3414, Unabhängige 234, Demokraten 2348, Deutschnationale 2668, Deutsche Volkspartei 2727, Zentrum 449.

### Potsdam 1 bis 9.

Einzelresultate und Teilergebnisse.

Birkenwerder: Sozialdemokraten 657, Unabhängige 247, Demokraten 469, Deutsche Volkspartei 155, Deutschnationale 86, Christliche Volkspartei 26.

Sohren-Neuendorf: Sozialdemokraten 720, Unabhängige 429, Demokraten 379, Deutsche Volkspartei 149, Deutschnationale 852, Christliche Volkspartei 13.

Barthelshagen: Sozialdemokraten 2492, Unabhängige 812, Demokraten 2062, Deutsche Volkspartei 1619, Deutschnationale 397, Christliche Volkspartei 1630.

Bergfelde: Sozialdemokraten 107, Unabhängige 54, Demokraten 147, Deutsche Volkspartei 10, Deutschnationale 15, Christliche Volkspartei 6.

Wühlau: Sozialdemokraten 151, Unabhängige 94, Demokraten 165, Deutsche Volkspartei 9, Deutschnationale 29, Christliche Volkspartei 2.

Sommerfeld: Sozialdemokraten 248, Unabhängige 87, Demokraten 164, Deutsche Volkspartei 0, Deutschnationale 94.

Garzau-Neukirch: Sozialdemokraten 551, Unabhängige 609, Demokraten 149, Deutsche Volkspartei 7, Deutschnationale 23, Christliche Volkspartei 18.

Staufen-Forst: Sozialdemokraten 315, Unabhängige 614, Demokraten 312, Deutsche Volkspartei 3, Deutschnationale 75, Christliche Volkspartei 16.

Seefeld: Sozialdemokraten 300, Unabhängige 69, Demokraten 179, Deutsche Volkspartei 24, Deutschnationale 50, Christliche Volkspartei 3.

Mauen: Sozialisten 1589, Unabhängige 698, Demokraten 1496, Deutsche Volkspartei 258, Deutschnationale 378, Christliche Volkspartei 113.

Spandau-Nord: Sozialisten 23 815, Unabhängige 15 752, Demokraten 11 070, Deutsche Volkspartei 1707, Deutschnationale 4115, Christliche Volkspartei 3018.

Wetz-Prigitz: Sozialisten 18 415, Unabhängige 413, Demokraten 11 986, Deutsche Volkspartei 1090, Deutschnationale 6232, Christliche Volkspartei 450.

Siedow: Sozialisten 29 221, Unabhängige 29 077, Demokraten 3234, Deutsche Volkspartei 6418, Deutschnationale 3123, Christliche Volkspartei 3162.

Waldenow-Weide: Mehrheitssozialisten 4281, Unabhängige 4518, Demokraten 1379, Deutschnationale 464, Deutsche Volkspartei 88, Christliche Volkspartei 705.

Nieder-Schönhausen: Mehrheitssozialisten 4213, Unabhängige 1929, Demokraten 2531, Deutschnationale 1114, Deutsche Volkspartei 1210, Christliche Volkspartei 347 Stimmen.

Schöneiche: Mehrheitssozialisten 145, Unabhängige 79, Demokraten 324, Deutschnationale 106, Deutsche Volkspartei 6, Christliche Volkspartei 13 Stimmen.

Rüdersdorf: Mehrheitssozialisten 412, Unabhängige 183, Demokraten 12, Deutschnationale 113, Deutsche Volkspartei 3, Christliche Volkspartei 7 Stimmen.

Wuh: Mehrheitssozialisten 1993, Unabhängige 693, Demokraten 265, Deutschnationale 389, Deutsche Volkspartei 21 und Christliche Volkspartei 37 Stimmen.

Neuenhagen: Mehrheitssozialisten 951, Unabhängige 145, Demokraten 423, Deutschnationale 74, Deutsche Volkspartei 64, Christliche Volkspartei 73 Stimmen.

Reinickendorf-Süd: Mehrheitssozialisten 5503, Unabhängige 5721, Demokraten 1802, Deutschnationale 516, Deutsche Volkspartei 745, Christliche Volkspartei 1119 Stimmen, ungültig 66 Stimmen.

### Neuordnung des Berliner Sicherheitswesens.

Der Oberbefehlshaber Roste erklärt folgenden Befehl: 1. Nachdem nunmehr der Wahltag der Nationalversammlung vorüber, die Durchführung der Wahl und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Landesspitzbezirk Berlin eingeleitet und Ruhe und Ordnung wiederhergestellt ist, ordne ich folgendes an:

a) Die freiwilligen Truppen der Armeeabteilung Lüttich mit Ausnahme des Regiments Reinhard und der Marinebrigade (v. Meden) sind demnächst aus dem Innern von Berlin zu verlegen. b) Für Ruhe und Ordnung in Berlin sorgt in erster Linie die Polizei mit Hilfe der Sicherheitswehr. Wo diese nicht ausreicht, hat sie durch Vermittlung der Kommandantur Berlin die Hilfe der Berliner Truppen und militärischen Wehren anzusuchen.

2. Das Regiment Reinhard und die Marinebrigade bleiben in Berlin, um notfalls zum Schutze der Reichsregierung und des Staatsbesuches sowie zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung einzusetzen zu können. Das Regiment Reinhard behält seine derzeitige Unterstellung. Die Unterbringung der Marinebrigade regelt das Generalkommando Lüttich im Einvernehmen mit der Kommandantur Berlin.

3. Die Unterbringung der freiwilligen Truppen der Armeeabteilung Lüttich in der neuen Umgebung von Berlin regelt das Generalkommando Lüttich.

4. Die in den städtischen Vorortgemeinden Berlins auf meine Weisung aufgestellten Bürger- beziehungsweise Einwohnerwehren haben ihre Mitglieder zu ihren bürgerlichen Berufen zu entlassen. Die Wehren bleiben „listenmäßig“ bestehen. Die Listen sind in jeder Gemeinde in gut gesicherten Depots abzugeben, desgleichen die zu jeder Waffe ausgetriebenen den Inhabern zum Waffentrage berechtigenden Ausweise. Die Bürger- beziehungsweise Einwohnerwehren müssen auf meine Weisung hin jederzeit wieder zusammenzurufen werden.

formen. Die Gemeindevorstände haben das Recht, die Waffenbesitzer der Bürger- beziehungsweise Einwohnerwehren durch deren eigene Mitglieder bewachen zu lassen.

### Der Fall Liebnecht.

Die Familie Liebnecht, und mit ihr die Presse der „Unabhängigen“, verlangen, daß der Fall Liebnecht (und mit ihm der Fall Rosa Luxemburg) dem Kriegsgericht entzogen werde, da alle Militärs in dieser Sache Partei seien. Der Volksbeauftragte Landberg hat geantwortet, daß die augenblickliche Lage der Gesetzgebung die beiden Fälle der Militärjustiz zuweise; niemand aber dürfe seinem ordentlichen Richter entzogen werden. Nun hat aber die jetzige Regierung schon mehrfach Anordnungen erlassen, die in grundlegende Einrichtungen unseres Rechtslebens eingreifen: so greift der Erlaß über die Sozialisierung des Bergbaus in das Privateigentum ein. Herr Dr. Landberg, der früher in so mancher Reichstagsrede ein feines Gefühl für die Rechtsbedürfnisse des Volkes bezeugte, muß einsehen, daß in diesem Falle ganz besondere Verhältnisse vorliegen, die ganz besondere Erfordernisse erzeugen. Jemand, der in der Lage ist, neue Gesetze oder Spezialgesetze zu schaffen, seiner soll seinem gesetzlichen Richter entzogen werden? Wir fürchten, daß auch Liebnecht und Rosa ihren gesetzlichen Richtern entzogen worden sind.

### Das „vorläufige Gutachten“.

Berlin, 20. Januar. (W. T. V.)

Auf Grund der vorgenommenen Obduktion der Leiche Dr. Liebnechts haben Geheimrat Dr. Strahmann, der Vorsteher des Gerichts des medizinischen Instituts, und der Gerichtsarzt des Kreises Teltow, Dr. Hugo Warg, das nachstehende „vorläufige Gutachten“ abgegeben:

1. Der Verlebte hat drei Schußverletzungen erlitten, von denen eine die Lunge und eine das Gehirn durchbohrt hat; der dritte Schuß hat schwerere Verletzungen nicht verursacht. Der Tod ist auf die Hirn- und Schädelverletzungen zurückzuführen.
2. Der Schuß durch den Kopf hat zuerst den Scheitel getroffen, ist an der Stirn ausgetreten. Es spricht nichts dagegen, daß die Schüsse in den Kopf am Rücken eingetreten und vorn ausgetreten sind. Der Leichnam unterliegt sogar dieser Annahme.
3. Die vorgedachte Sozialisierung wurde durch den Schuß vollkommen erloschen. Anhaltspunkte für eine schwere Verletzung durch stumpfen Gewalt sind nicht vorhanden.
4. Auf Befragen: Die Lage der Schußöffnung am Kopf spricht dafür, daß die Schüsse in schräger Richtung von links nach rechts geflossen sind.
5. Heber die Entfernung, aus der die mit rauchschwadigem Pulver abgegebene Schüsse geflossen sind, läßt sich nur sagen, daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht aus nächster Nähe, das heißt unter 25 Zentimeter, abgegeben worden sind.
6. Auf die von Dr. Theodor Liebnecht gestellte Frage, ob die Schüsse abgegeben sind, während der Verlebte stand, ging über Prof. Dr. Strahmann, der Sachverständigen: „Hierauf läßt sich aus der Leichenöffnung kein Schluß ziehen.“

Diesem vorläufigen Gutachten haben sich die zugezogenen Sachverständigen, Geheimrat Professor Bier und Oberstaatsanwalt Voigt, angeschlossen. Das Mitglied Dr. E. P. D. Wegmann vom Berliner Volkstagsrat hat gleichfalls seine Unterschrift auf das Protokoll gesetzt.

Von der Garde, Kavallerie-Schützendivision erfahren wir dazu folgendes:

Der Befehl aus ergeben, daß die „Freiheit“ ihre Darstellung ohne sachliche Unterlagen aus parteipolitischen Gründen veröffentlicht hatte. Wie die Division weiß, ist der namhafte Führer der U. S. P. D. nach der Obduktion selbst zu der Überzeugung gekommen, daß die Tötung Liebnechts als Agitationstakt „Leider“ nicht länger verwendet werden kann.

In dem „vorläufigen“ Gutachten ist nicht gesagt, ob ein endgültiges Gutachten noch zu erwarten ist. Dieses Wort „vorläufig“ wird darum den Unabhängigen, die den ganzen Fall agitatorisch ausbeuten, Veranlassung geben, ihre Aufassung weiter zu verbreiten. Die „Freiheit“ schrieb schon in ihrer gefrigen Abendausgabe:

„Der offizielle Bericht über die Obduktion der Leiche Karl Liebnechts enthält eine bewusste Fälschung der Wahrheit. Er versucht, den Worten zu erwecken, als ob Liebnecht aus der Ferne erschossen sei. In Wahrheit haben die sämtlichen Sachverständigen bezeugt, daß die Schüsse aus einer Entfernung von nicht unter 25 Zentimeter abgegeben worden sind.“

Das ist eine so offene, lächerliche Behauptung, daß man Beweise verlangen muß. Warum veröffentlicht die „Freiheit“, wenn sie so fest davon überzeugt ist, daß der offizielle Bericht falsch ist, nicht die Namen der „Sachverständigen“, die ihr das Material zu ihrer Behauptung gegeben haben?

### Die Generalstreik-Gefahr in Oberschlesien beseitigt?

Breslau, 20. Januar.

Die Pressestelle des Reichsrats zu Breslau, Zentralrat für die Provinz Schlesien, teilt mit, die Gefahr eines Generalstreiks in Oberschlesien dürfte zunächst beseitigt sein. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände einschließlich der polnischen Bergarbeiter haben heute beschlossen, daß von morgen ab alle Belegschaften wieder einzufahren haben, und die Arbeit in vollem Umfange aufzunehmen ist. Irrendwelse neuen finanziellen Zugeständnisse, zu denen die ober-schlesische Industrie, wolle sie sich nicht zugrunde richten, nicht in der Lage war, sind den Bergarbeitern nicht gemacht worden. Die Gewerkschaftsführer standen in dieser Frage ausnahmslos auf dem Standpunkte der Werte und boten ihren ganzen Einfluß auf, um der Arbeiterfrage begreiflich zu machen, daß aberzeitliche Lohnforderungen den Ruin ganz Oberschlesiens im Gefolge haben müßten. Der Beschluß auf Wiederaufnahme der Arbeit wurde gefaßt, nachdem bekannt geworden war, daß die Regierung eine Kommission für die Vorarbeiten zur Sozialisierung der Oberschlesischen Bergwerksbetriebe eingeleitet hat.

### Hierzu die Wochenbeilage „Illustrierte Arbeiterzeitung“ Nr. 23.

Verantwortliche Redakteure: für äußere Weltteil: Dr. Carl Marx, Charlottenburg; für innere Weltteil: Carl Ritter, Charlottenburg; für Kommunes, Groß-Berlin, Gerichtsbezirk und den übrigen Teil: Heinrich Höpfer, Köpenick; für die Provinz: Dr. Carl Ritter, Charlottenburg; für die Provinz: Dr. Carl Ritter, Charlottenburg; für die Provinz: Dr. Carl Ritter, Charlottenburg.



